

Factsheet Kolumbien



Nürnberger Menschenrechtszentrum **NMRZ**



MISEREOR
IHR HILFSWERK



caritas **international**
DAS HILFSWERK DER DEUTSCHEN CARITAS

Diakonie



Koordination für Gerechtigkeit
und Frieden der Franziskaner
(COTAF)

terre des
hommes
Hilfe für Kinder in Not
Deutschland



Die Landfrage: Kernpunkt für Gerechtigkeit und Frieden

Die Landfrage ist eine der Kernfragen des internen bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Die extrem ungleiche Landverteilung verschärfte sich in den letzten Jahren derart dramatisch, dass vielerorts von einer „Gegen-Agrarreform“ die Rede ist. Hinter den Millionen von Binnenvertriebenen stehen Millionen von Hektar gewaltsam umverteilten Landes. Derzeit ist jedoch keine Politik in Sicht, die dem Phänomen der neuen Landkonzentration wirksam entgegen treten würde. Vielmehr fördert die Agrar-Entwicklungspolitik derzeit eher eine exportorientierte Landwirtschaft, die auf große Flächen und industrielle Produktionsmodelle setzt, während die Kleinbauern kaum ihre eigene Ernährung sichern können.

Landkonzentration – ein historisches Phänomen

Die Verteilung des landwirtschaftlich nutzbaren Landes ist in Kolumbien noch immer extrem ungleich. So besitzt, nach Zahlen von 2003, ein halbes Prozent der Landbesitzer knapp 63 Prozent des Landes, während 86 Prozent der Landbesitzer nicht einmal neun Prozent des nutzbaren Bodens in ihren Händen vereinen.

Die Bemühungen um Agrarreformen, wie sie sich in verschiedenen Gesetzen seit 1966 niedergeschlagen haben, haben allesamt wenig Wirkung gezeigt. Weder das Konzept einer staatlichen Politik von Enteignung und Verteilung, noch der „marktorientierte Ansatz“ des aktuellen Agrarreformgesetzes haben effektiv zu einer gerechteren Verteilung des Landbesitzes beitragen können.

In keinem anderen Bereich der kolumbianischen Gesellschaft, die von einer tiefgehenden Ungleichheit gekennzeichnet ist, zeigt sich eine derartige Notwendigkeit der Reform. Vergleicht man den von der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) festgestellten GINI-Index für Ungleichheit in der Verteilung von Kapital und Einkommen, so liegt Kolum-

bien mit 0,56 (2008) an zweiter Stelle der Ungleichheit in Südamerika, hinter Brasilien. Bei der Anwendung der Methode auf die Landverteilung kam die Universität der Anden aus Bogotá 2005 sogar auf den Wert 0,77.

Landvertreibung – eine Gegen-Agrarreform

In den vergangenen 20 Jahren sind in Kolumbien zwischen drei und vier Millionen Menschen vertrieben worden. Hinter dieser enormen Zahl stehen Schicksale von Familien und Einzelpersonen, die auch mit dem Verlust von Hab und Gut, insbesondere Land, verbunden sind. Unterschiedlichen Schätzungen zufolge

wurden zwischen 2,6 und zehn Millionen Hektar landwirtschaftlich nutzbaren Landes gewaltsam umverteilt. Die Präsidentschaftliche Behörde Acción Social (Soziale Aktion) hat 2005 6,9 Millionen Hektar abgegeben, was 13,5 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche Kolumbiens entspricht.

In seiner Studie „Guerreros y Campesinos“ von 2009 unterscheidet Alejandro Reyes folgende Modalitäten der gewaltsamen Umverteilung durch die illegalen Gewaltakteure, und hier vor allem durch die Paramilitärs:

- Die gewaltsame Aneignung ohne jede wirtschaftliche Gegenleistung;
- den Kauf zu geringen und erzwungenen Preisen;
- den Kauf von Hypotheken

und Schuldtiteln durch paramilitärische Kommandeure, um sich die Landtitel anzueignen;

- die zwangsweise Übertragung von Landtiteln auf Kommandanten oder mittlere Kader der illegalen, bewaffneten Gruppen;
- die Einverleibung von verlassenen Gütern durch die Verschiebung von Grenzen und Zäunen;
- den Einsatz von Strohmannern und Familienangehörigen, um die wahren Halter der Titel zu verschleiern.

Dabei verfolgen die Täter, je nach regionaler Situation und Konfliktlage, unterschiedliche Ziele. Einige Regio-



© Stefan Offeringer

nen, die in den 1990er Jahren stark von massiven Vertreibungen betroffen waren und heute unter Kontrolle von Paramilitärs und/oder ihren Folgeorganisationen stehen, sind von strategischem, wirtschaftlichem Interesse. Der Abbau von Bodenschätzen (Gold, Kohle) in der Region Sur de Bolívar und der Anbau von agroindustriellen Produkten (afrikanische Ölpalme, Zuckerrohr) in Regionen wie Urabá oder Meta konzentrieren sich in diesen Zonen. Es besteht also ein deutlicher Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Interessen und massiver Landvertreibung. Das Verfassungsgericht stellte die wirtschaftlichen Großprojekte, wozu auch der Drogenhandel gerechnet werden muss, als Motiv für die Vertreibungen ins Zentrum seiner Analyse (Auto 005/2009).

Keine Garantien für Rückkehr, kaum Entschädigungen

Angesichts der systematischen Dimension der Vertreibungen erscheint die staatliche Reaktion auf das Phänomen erschreckend schwach. Das Verfassungsgericht erklärte 2005 eine „verfassungswidrige Sachlage“ (estado de cosas inconstitucional) bezüglich der Behandlung der Vertriebenen, und stellte dabei auch die Landfrage in den Mittelpunkt. Eine zivilgesellschaftliche Kommission zur Beobachtung der öffentlichen Vertriebenenpolitik hat im Juni 2009^[1] folgende Minimalbedingungen für eine kohärente Politik gegenüber den Vertriebenen festgelegt:

- Anerkennung und effektiver Genuss des Rechts auf Eigentum für die Vertriebenen;
- Priorität für die Rückgabe der verlorenen Güter und Garantien für eine sichere Rückkehr;
- Anerkennung der Vertriebenen als Opfer des bewaffneten Konflikts und ihrer Rechte auf Wahrheit, Gerechtigkeit, integrale Entschädigung und Nicht-Wiederholung;
- Erweiterung der Möglichkeiten für die Rückgabe von Gütern im Rahmen des Demobilisierungsprozesses der Paramilitärs und seines Rechtsrahmens (Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden von 2005).

In den Fonds der Nationalen Kommission für Versöhnung und Wiedergutmachung (CNRR) sind bisher

^[1] Garay, Luis Jorge et al.: Comisión de Seguimiento a la Política Pública sobre Desplazamiento Forzado: Política de Tierras para la Población Desplazada, mimeo., Bogotá 30. Juni 2009

Hilfen für den Großgrundbesitz

Am 23. September 2009 veröffentlichte die Zeitschrift Cambio die Nutznießer eines Förderprogramms, das ursprünglich für die Förderung von Kleinbauern vorgesehen war. Das 2007 aufgelegte Programm „Sicheres Agrar-Einkommen“ (Agro Ingreso Seguro) förderte jedoch vor allem Großgrundbesitzer, wie etwa die Familie Dávila aus dem Departement Magdalena, die ihren Besitz unter mehreren Personen aufgeteilt hatte und insgesamt etwa 730.000 Euro aus dem Programm erhalten hat. Einige Nutznießer, wie auch einer aus der Familie Dávila, sind für Verbindungen mit den Paramilitärs angeklagt.

etwa 45.000 Hektar Land eingegangen, was weniger als ein Prozent des gewaltsam umverteilten Landes darstellt. Dieses Land befindet sich fast vollständig in den Händen von paramilitärischen Kommandeuren, ihren Familienangehörigen und Strohmännern. Der politische Wille die Täter nicht zu Gewinnern des Konflikts zu machen, muss zentraler Bestandteil bei der Suche nach Friedenslösungen sein.

Kleinbauern ohne Unterstützung

Ein weiterer Hemmschuh für die Lösung der Landfrage stellt die Agrarpolitik in Kolumbien dar. Sie setzt seit den frühen 1990er Jahren vor allem auf eine Exportorientierung und cash crops,^[2] während die große Zahl von Kleinbauern kaum gefördert wird. Die aktuelle Agrarpolitik, wie sie in Gesetzen und Entwicklungsplänen festgehalten ist, setzt auf die Förderung von Weltmarktprodukten, wie etwa Kautschuk, Palmöl, Zuckerrohr, Kakao und extensive Rinderzucht. Diese sind alle boden- und kapitalintensiv und für die agroindustrielle Produktion auf großen Flächen geeignet. Weder soll eine gerechtere Landverteilung vorgenommen werden, noch werden die Bedingungen von massiver Landvertreibung oder bewaffnetem Konflikt in Betracht gezogen.

^[2] Agrarprodukte für den Verkauf - im Unterschied zu solchen für die Selbstversorgung.

Empfehlungen an die Bundesregierung und die EU

- Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Feststellung der tatsächlichen Dimension des Problems der gewaltsamen Landumverteilung, wie das Alternative Kataster (catastro alternativo) des MOVICE, sollten gezielt gefördert werden.
- Privatwirtschaftliche Investitionen mit möglichen negativen Folgen für die kleinbäuerliche, indigene oder afrokolumbianische Bevölkerung sollten keine Förderung, wie etwa durch Exportkreditversicherungen, erhalten.
- Die kolumbianische Regierung sollte aufgefordert werden, die Rechte der Opfer in Bezug auf integrale Entschädigung zur Geltung kommen zu lassen, die Rückgabe geraubten Landes muss dabei Vorrang haben.